



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 176. Ratssitzung vom 21. Januar 2026

5725. 2025/186

**Postulat von Reto Brüesch (SVP), Michele Romagnolo (SVP), Sandra Gallizzi (EVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 14.05.2025:
Gerechtere und koordiniertere Verteilung der Asylsuchenden auf die Stadtquartiere**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4594/2025): Wir sprechen heute über ein Thema, das uns bereits in mehreren Traktanden beschäftigt hat und das die Stadt Zürich in den letzten Jahren zunehmend fordert: die Verteilung von Asylunterkünften auf die Quartiere und die damit verbundene Belastung der lokalen Infrastruktur. Niemand in diesem Saal stellt infrage, dass Zürich seiner Verantwortung für die Unterbringung und Betreuung schutzbedürftiger Menschen nachkommt. Das ist unbestritten und Teil unserer sozialen Pflicht. Diese Verantwortung bedeutet jedoch auch, dass die Belastung fair, nachvollziehbar und transparent verteilt wird – nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis. Genau hier besteht derzeit ein Problem. Zwischen den Quartieren zeigen sich deutliche Unterschiede. Der Stadtteil Seebach ist ein prägnantes Beispiel: Innerhalb kurzer Zeit wurden mehrere Unterkünfte eröffnet oder angekündigt. Die Folgen sind spürbar: Schulen, Sozialdienste und die Quartierinfrastruktur sind an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt. Diese Überlastung betrifft Mitarbeitende, Anwohnende und die Geflüchteten selbst. Eine Stadt wie Zürich kann es sich nicht leisten, dass einzelne Quartiere einen überproportionalen Teil dieser Aufgabe tragen, während andere kaum betroffen sind. Das ist weder nachhaltig noch gerecht und untergräbt langfristig die Akzeptanz der Asylpolitik in der Stadt. Unser Postulat verlangt keine radikale Neuausrichtung, keine fixe Quote und kein neues System. Es fordert lediglich, dass der Stadtrat prüft, wie die Verteilung der Unterkünfte gerechter, besser koordiniert und planbarer gestaltet werden kann – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Beispiele aus Leimbach oder Witikon zeigten, dass auch beim Informationsfluss Verbesserungspotenzial besteht. Daraus ergeben sich drei zentrale Punkte: Wenn Betreuung, Integration und sozialer Zusammenhalt funktionieren sollen, muss die räumliche Belastung ausgewogener verteilt werden. Das liegt im Interesse der Betreuungseinrichtungen, der Schulen, der Quartiere und nicht zuletzt der Geflüchteten. Zweitens braucht es eine bessere Abstimmung zwischen Stadt, Asyl-Organisation Zürich (AOZ) und Kanton, um Überraschungsentscheide und punktuelle Überlastungen zu vermeiden. Die jüngere Vergangenheit zeigt, dass hier



noch Luft nach oben besteht. Drittens: die Kommunikation. Seit Jahren wird eine verbesserte Informationspolitik versprochen. Dennoch erleben die Quartiere immer wieder, dass sie erst informiert werden, wenn die Entscheide bereits gefällt sind. Das erzeugt Misstrauen und unnötige Konflikte. Frühzeitige, transparente und ehrliche Kommunikation hingegen schafft Verständnis, Vertrauen und Kooperation. Das Postulat ist kein Angriff auf den Stadtrat oder die Verwaltung. Es ist ein konstruktives Angebot zur Verbesserung – ein Schritt, um diese grosse Aufgabe gemeinsam besser zu bewältigen. Eine faire Verteilung, koordinierte Planung und transparente Kommunikation sind keine ideologischen Forderungen, sondern Grundvoraussetzungen für ein funktionierendes System.

Luca Maggi (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 4. Juni 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Niemand bestreitet, dass Verantwortung übernommen werden muss. Ebenso unbestritten ist, dass Geflüchtete fair auf die Stadtkreise, Gemeinden oder Kantone verteilt werden sollen und dass dies transparent erfolgen muss. Diese Grundsätze werden breit getragen. Es gibt jedoch eine Partei, die diese Prinzipien in der Praxis immer wieder infrage stellt und bekämpft. Jede einzelne Asylunterkunft, unabhängig davon, ob sie auf dem Land, am Stadtrand, im Stadtzentrum oder in einem Quartier geplant ist, wird von dieser Seite angegriffen. Das zeigt sich immer wieder in den Voten der SVP-Fraktion. Das wirkt widersprüchlich. Einerseits wird eine faire Verteilung gefordert, andererseits wird jede konkrete Umsetzung bekämpft, sobald sie vor der eigenen Haustüre stattfindet. Dass dieses Postulat von drei Gemeinderäten aus dem Kreis 11 eingereicht wurde, zeigt deutlich, worum es eigentlich geht. Soll in Leimbach eine Unterkunft eröffnet werden, heisst es, dort nicht. In Witikon gilt dasselbe. Wird im Kreis 5 ein Bundesasylzentrum geplant, wird argumentiert, es sei nicht zumutbar, ein solches Angebot mitten in der Stadt zu realisieren. Dieses Muster wiederholt sich. Aus diesem Grund lehnen wir das Postulat ab. Wir sind der Ansicht, dass die Stadt und die AOZ ihre Arbeit in diesem Bereich insgesamt gut machen. Wir sehen keinen Mehrwert darin, Debatten, die bereits auf nationaler Ebene geführt werden, auf die städtische Ebene zu übertragen.

Weitere Wortmeldungen:

Marita Verbali (FDP): Wir in der FDP-Fraktion waren zunächst unentschlossen, ob wir dieses Postulat unterstützen sollen oder nicht. Wir kennen die Herausforderungen sehr gut, die mit der Suche und dem Betrieb von Asylunterkünften in der Stadt verbunden sind. Das Beispiel Leimbach hat uns zum Nachdenken gebracht und letztlich zu einem Umdenken geführt. Dort bündeln sich verschiedene soziale Herausforderungen in einem Quartier, das bereits über knappe Ressourcen verfügt. Vor diesem Hintergrund sind wir zum Schluss gekommen, dass eine breiter abgestützte Verteilung über die Stadtquartiere sinnvoll ist. Wir sind überzeugt, dass Integration besser gelingt, wenn sie von mehreren Schultern getragen wird. Eine ausgewogenere Verteilung entlastet einzelne Quartiere und fördert gleichzeitig das gegenseitige Verständnis in der Stadtgesellschaft. Es handelt sich ausdrücklich nicht um ein radikales Postulat. Es verlangt keine festen Vorgaben, sondern lediglich eine Prüfung, wie Verteilung und Koordination verbessert werden könnten. Uns ist bewusst, dass dies kein einfaches Unterfangen ist. Ebenso zentral ist für uns



der Aspekt der Kommunikation. Wenn Quartiere spät oder unzureichend informiert werden, entstehen Unsicherheiten, Gerüchte und Ablehnung. Das ist für den sozialen Zusammenhalt schädlich. Transparenz und eine frühzeitige Einbindung der betroffenen Quartiere fördern hingegen Akzeptanz und Vertrauen. Das Postulat gibt dem Stadtrat den Auftrag, bestehende Prozesse zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern – nicht mehr und nicht weniger. Aus diesen Gründen unterstützen wir das Postulat.

Christian Häberli (AL): Ich möchte zum Postulat gar nicht viel sagen, sondern vor allem eines betonen: Es gibt in Seebach auch andere Perspektiven, die in dieser Debatte sichtbar sein müssen. Das kann ich aus eigener Erfahrung als Mitglied von Resonanzgruppen und regelmässiger Teilnehmender an Informationsveranstaltungen der AOZ bestätigen. In Seebach engagieren sich sehr viele Menschen aktiv für die Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten. Sie sind Teil von Initiativen wie dem Netzwerk «Caring Communities» oder der «Care Community 8052» und setzen sich dafür ein, konkrete Angebote zu schaffen und den Austausch mit den Menschen vor Ort zu fördern. Dieses Engagement ist breit abgestützt und von einem echten Interesse am Zusammenleben getragen. Es ist nicht so, dass in Seebach ausschliesslich Ängste oder Ablehnung vorhanden wären. Die bspw. im ehemaligen Hotel Landhaus untergebrachten Menschen werden von vielen als Bereicherung für das Quartier wahrgenommen. Mir ist wichtig, dass kein falscher Eindruck entsteht, dass Seebach ein grundsätzliches Problem mit den Geflüchteten hätte.

Sven Sobernheim (GLP): Gegen die Grundforderung dieses Postulats kann man inhaltlich kaum Einwände haben. Oder, um es mit den Worten von STR Raphael Golta zu sagen: Stünde eine geeignete Liegenschaft am Zürichberg zur Verfügung, gäbe es wohl rasch auch dort eine Asylunterkunft. In diesem Sinn stimmen wir dem Postulat eher zurückhaltend und ohne grosse Begeisterung zu. Ich schliesse mich den Ausführungen von Christian Häberli (AL) an und kann aus Sicht von Seebach festhalten: Aktuell bestehen dort tatsächlich keine akuten Probleme. Das zeigt sich in den Diskussionen der Resonanzgruppe, wo eher der Eindruck vorherrscht, dass Informationen fehlen, nicht aber, dass konkrete Schwierigkeiten bestehen. Auch von der neuen Städtische Kollektivunterkunft (SKU) Ettenfeld, die als Ersatz für die SKU Schärenmoosstrasse geplant ist, erwarten wir keine besonderen Probleme. Im Gegenteil dürfte es eher einfacher werden, da es sich diesmal um einen dauerhaft geplanten Bau handelt und nicht erneut um ein Provisorium, wie dies im Zielacker oder an der Schärenmoosstrasse der Fall war. Gleichzeitig muss man festhalten, dass es bei der Kommunikation durch das Sozialdepartement und die AOZ Verbesserungspotenzial gibt. Wir sind noch nicht dort, wo wir sein sollten. Ein Beispiel dafür ist die Siedlung Traktorenstrasse: Es war seit längerer Zeit klar, dass das geplante Asylzentrum nach dem Entscheid des Baurekursgerichts nicht realisiert wird. Öffentlich kommuniziert wurde dies jedoch lange Zeit nicht oder nur unzureichend. Genau deshalb sind wir der Meinung, dass hier noch Handlungsspielraum besteht, um Prozesse transparenter zu gestalten und die Akzeptanz in den Quartieren weiter zu erhöhen.

Sandra Gallizzi (EVP): Es ist mir wichtig klarzustellen, dass es in Seebach nicht so ist, dass wir nur Probleme hätten oder Asylsuchende einfach wieder loswerden wollten. Ich bin im Gegenteil froh, dass es im Vorfeld auch in den sozialen Medien kaum Aufregung



gab, als bekannt wurde, dass Asylsuchende ins Landhaus einziehen würden. Soweit mir bekannt ist, hat es tatsächlich keine nennenswerten Probleme gegeben; zumindest sind bei mir keine entsprechenden Rückmeldungen eingegangen. Nichtsdestotrotz sind wir der Überzeugung, dass eine gerechte Verteilung der Asylsuchenden auf alle Stadtquartiere eine zentrale Voraussetzung für sozialen Frieden und eine gelingende Integration ist. Wenn sich Unterkünfte über längere Zeit auf wenige Quartiere konzentrieren, besteht die Gefahr einer punktuellen Überlastung. Integration und Akzeptanz können langfristig nur dort gelingen, wo die lokalen Strukturen in der Lage sind, auf die individuellen Bedürfnisse dieser Menschen einzugehen. Eine koordinierte stadtweite Strategie hilft, die Entstehung von Brennpunkten zu vermeiden. Sie fördert die Akzeptanz in der Bevölkerung und stellt sicher, dass Solidarität nicht zur einseitigen Belastung einzelner Quartiere wird. Eine ausgewogene Durchmischung ist entscheidend, um die Qualität der Betreuung und den langfristigen gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zürich zu sichern. Uns ist bewusst, dass dies angesichts knapper Unterbringungsmöglichkeiten und steigender Asylzahlen eine grosse Herausforderung darstellt. Ebenso sehen wir, dass die Stadt bemüht ist, die Anliegen und Bedenken aus den Quartieren ernst zu nehmen und nach tragfähigen Lösungen zu suchen, um Konflikte möglichst zu vermeiden. Diese Anstrengungen müssen weiter verstärkt werden, um die Akzeptanz in den Quartieren zu erhöhen und Ängsten sowie Ablehnung frühzeitig entgegenzuwirken. Es geht um Menschen im Asylverfahren, die ein würdiges und sicheres Zuhause brauchen. Es geht aber ebenso um die Quartierbevölkerung. Für beide Anspruchsgruppen tragen wir Verantwortung. Unser Ziel muss es sein, für alle Beteiligten die bestmöglichen Lösungen zu finden.

Maya Kägi Götz (SP): Der Prüfauftrag wirkt auf den ersten Blick legitim und kommt vergleichsweise harmlos daher. Dennoch schliesse ich mich in der Begründung für die Ablehnung den Ausführungen von Luca Maggi (Grüne) an. Eine Verteilung nach dem Prinzip des «Abschiebens» in neue Quartiere, nur weil dort gerade Räumlichkeiten verfügbar sind oder eine gewisse Bereitschaft signalisiert wird, überzeugt uns nicht. Zwar ist Solidarität selbstverständlich eine Aufgabe der Stadt, sie darf jedoch nicht über schematische Vorgaben eingefordert werden. Zusammengefasst gilt für uns: Eignung vor Quote. Geeignete Liegenschaften sind knapp. Projekte wie an der Schaffhauserstrasse 550 zeigen, dass grössere, gut erschlossene Standorte mit passender Infrastruktur effizienter und teilweise sozialverträglicher als eine künstlich erzwungene Streuung über alle Quartiere hinweg sind. Diese erzwungene Streuung möchte ich ausdrücklich betonen. Für uns steht die Integration im Zentrum. Wir erachten es als zielführender, Schulen, Sozialarbeit und Integrationsangebote an tragfähigen Standorten gezielt zu stärken, anstatt Menschen anhand von Quoten zu verteilen. Der Ausbau von Schulsozialarbeit, Betreuung und Integrationsstrukturen an belastbaren Standorten hat aus unserer Sicht eine deutlich höhere Wirkung. Ein weiterer zentraler Punkt ist Transparenz – und zwar mit den bestehenden Instrumenten. Stadtleitlinien und Resonanzgruppen sollen weiterhin für eine frühzeitige, strukturierte Einbindung der Quartiere sorgen und konsequent angewendet werden, anstatt neue Quotenmodelle einzuführen. Daher lehnt die SP das Postulat ab.

Reto Brüesch (SVP): Ich habe den Eindruck, dass vorhin nicht alle genau zugehört haben. Es geht nicht darum, neue Quoten einzuführen oder schematisch zu verteilen. Es



geht darum zu prüfen, wie und wo Unterkünfte innerhalb der Stadtquartiere sinnvoll verteilt werden können. Wir in Seebach leben seit über 20 Jahren mit Asylunterkünften – im Eichrain, früher im Heineken-Areal, die Präsenz ist nichts Neues. Es geht ausdrücklich nicht darum, Menschen «abzuschieben». Es geht darum festzustellen, dass die Belastungen in gewissen Quartieren an ihre Grenzen kommen. Ich weiss das aus der Schulpflege und den Kirchen, die teilweise am Anschlag sind. Genau aus dieser Praxis heraus sind die Forderungen entstanden: dass man prüft, wie man die Situation besser austarieren kann und welche Möglichkeiten es gibt, um Entlastung zu schaffen. Man sieht aktuell in Leimbach oder in Witikon, dass Widerstand entsteht. Dieser hat viel mit der Kommunikation zu tun – frühzeitige, transparente Information ist entscheidend. Die Argumentation von Luca Maggi (Grüne) nach dem Motto, es sei ein Vorstoss der SVP und deshalb nicht unterstützenswert, greift zu kurz und muss hier nicht weiter bemüht werden.

Sven Sobernheim (GLP): Es ist festzuhalten, dass die Bewohnenden des Bundesasylzentrums (BAZ) Landhaus nicht die Schulen in Seebach besuchen, sondern Schulen in der Innenstadt. Diese Belastung betrifft das Quartier Seebach in diesem Punkt also nicht. Wenn du dich dabei auf Erfahrungen aus der Schulpflege berufst, dann gibt es aus meiner Sicht nur zwei Möglichkeiten. Entweder liegen diese Erfahrungen sehr weit zurück, da du heute als Gemeinderat tätig bist, oder es besteht eine Doppelfunktion, die sich nicht miteinander vereinbaren lässt und rechtlich wie institutionell problematisch wäre. Diese Punkte sollten bei der Einordnung der Argumente korrekt berücksichtigt werden.

Reto Brüesch (SVP): Zwar gehen die Bewohner des Standorts Landhaus auf keine Schulen in Seebach, jene vom Eichrain sowie anderen Standorten aber schon.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Seit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine ist der Flüchtlingsbereich in der Schweiz insgesamt, aber auch in der Stadt Zürich stark beansprucht. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Unterbringung. Die Suche nach geeigneten Unterkünften war in den vergangenen bald vier Jahren anspruchsvoll, insbesondere nach Standorten, die genügend Kapazitäten für eine grössere Anzahl Menschen bieten. Vor dem Ukrainekrieg setzte die Stadt Zürich vergleichsweise selten auf Grossstrukturen. Beispiele für die heutige Situation sind etwa die ehemaligen Personalhäuser des Spital Triemli, das künftige Gesundheitszentrum für das Alter (GFA) Mittelleimbach oder die Kollektivunterkunft Ettenfeld an der Schaffhauserstrasse. In den letzten Jahren mussten wir unser Modell weiterentwickeln, weil wir mit den bisherigen Zwischennutzungen von Wohnraum nicht mehr ausreichende Kapazitäten schaffen konnten. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass Fragen zur Belastung einzelner Quartiere und zur Durchmischung stärker in den Fokus gerückt sind. Die bisherigen Erfahrungen, insbesondere auch in Seebach im Zusammenhang mit dem Standort Landhaus, zeigen aus meiner Sicht jedoch, dass der Betrieb sehr gut funktioniert. Ich bin überzeugt, dass dies auch für die SKU Ettenfeld gelten wird. In diesem Punkt schliesse ich mich den Voten an. Wir sind dankbar, dass die Unterbringung in den Quartieren insgesamt gut funktioniert.



Zum Thema Information möchte ich festhalten, dass es durchaus Verbesserungspotenzial gibt. Es ist korrekt, dass gewisse Gruppen teilweise zu spät informiert wurden oder Abläufe nicht optimal waren. Daran arbeiten wir und ich bin der Meinung, dass wir uns schrittweise verbessern. Wichtig ist jedoch eine klare Einordnung: Information bedeutet nicht Mitentscheid. Die Strukturen, die wir im Flüchtlingsbereich benötigen, sind notwendig, um unsere Verantwortung wahrzunehmen und Menschen unterzubringen. Entsprechend können wir keine Quartierabstimmungen durchführen und auch nicht die Zustimmung der Quartiervereine einholen, ob eine Kollektivunterkunft gewünscht ist oder nicht. Wir müssen uns an den verfügbaren Möglichkeiten orientieren. So nutzen wir die Unterkünfte, die uns zur Verfügung stehen – aktuell etwa in Seebach oder auch in Leimbach. Gleichzeitig sind wir klar der Ansicht, dass wir langfristig für eine ausgewogenere Verteilung sorgen müssen. Deshalb bemühen wir uns derzeit aktiv darum, am Standort des ehemaligen Kinderspitals eine Struktur aufzubauen. Die Planungen dazu laufen. Wir sind überzeugt, dass auch dieses Quartier für eine solche Nutzung geeignet wäre. In diesem Sinn unterstützen wir das Postulat, um dieses Bemühen zu unterstreichen. Dabei ist klar, dass es sich um ein langfristiges Vorhaben handelt. Wir müssen vermehrt Strukturen schaffen, die nicht nur temporäre Zwischennutzungen sind, sondern langfristig betrieben werden können. Nur so erreichen wir Planungssicherheit und die nötige Stabilität im System. Solange dies nicht der Fall ist, sind wir darauf angewiesen, die verfügbaren Unterkünfte zu nutzen. Eine breitere Verteilung über die Quartiere ist nur dann möglich, wenn langfristige Strukturen politisch getragen und akzeptiert werden. Wir sind dankbar für die Unterstützung des Parlaments und die konstruktive Zusammenarbeit mit den Quartieren.

Das Postulat wird mit 53 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat